A1 Frischer Wind in die Parlamente – Neuenquote auch bei Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg

Antragsteller*in: Ricarda Budke, Danilo Zoschnik

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

1 Neue Perspektiven einbringen und die bestehenden Strukturen wachrütteln: Das ist
2 eine Aufgabe, die auch Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg in Parlamenten und der
3 Gesellschaft gerne und gut erfüllt und seit jeher auch Leitbild unserer Arbeit
4 als GRÜNE JUGEND Brandenburg ist. Um das weiterhin zu tun, braucht es frischen
5 Wind in Form von neuen Gesichtern und möglichst wenige festgefahrene Strukturen
6 durchwegige Berufspolitiker*innen. Um sicherzustellen, dass Bündnis 90/Die Grünen
7 Brandenburg vielfältig, innovativ und bunt bleibt, muss vielfältiger Wechsel
8 unsere parlamentarische Arbeit beleben. Daher fordert die GRÜNE JUGEND
9 Brandenburg eine Neuenquote bei Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg wie andere
10 Landesverbände sie in ähnlicher Weise schon haben. Sie soll folgende Eckpunkte
11 beinhalten:

- 12 • Auf zukünftigen Landeslisten, also für den Land- sowie Bundestag, soll
13 insgesamt mindestens ein Drittel neue Menschen sein, die noch nie in ein
14 hauptamtliches Mandat ausgeübt haben
- 15 • Um die Durchmischung der Liste zu gewährleisten, muss einer der drei
16 Plätze 1-3, der Plätze 4-6, der Plätze 7-9 und den weiterfolgenden Trios
17 mit einem neuen Menschen besetzt werden. Das bedeutet, dass, wenn
18 beispielsweise Platz 1 und 2 mit einem Menschen besetzt sind, der bereits
19 im Europaparlament, Bundestag oder Landtag saß, der Platz 3 mit einem
20 neuen Menschen besetzt werden muss. Wenn allerdings der erste Platz eines
21 Trios mit einem neuen Menschen besetzt wird, können die beiden
22 darauffolgenden Plätze mit nicht-neuen Menschen besetzt werden.
- 23 • Nicht von dieser Änderung betroffen sollen derzeitige Regelungen sein, wie
24 etwa eine benötigte 2/3 Mehrheit zur Möglichkeit der Wiederkandidatur nach
25 zwei Legislaturperioden.

26 Der Landesvorstand wird beauftragt mit satzungs- und rechtskundigen Menschen
27 einen Vorschlag zur Satzungsänderung auszuarbeiten und diesen auf der nächsten
28 Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg im Namen der
29 GRÜNEN JUGEND Brandenburg einzureichen.

Begründung

Als GRÜNE JUGEND Brandenburg streiten wir für Vielfalt und Abwechslung, natürlich auch innerhalb der Partei. Eine Neuenquote wird Menschen Chancen geben, die neue Ideen und Perspektiven einbringen, die es ohne sie nicht gäbe. Sie sorgt zudem für eine gesunde Mischung aus alten Häs*innen und frischen Igel*innen. Es sei hier auf die berühmte Fabel verwiesen ?

Die Brandenburger Bündnisgrünen werden im Frühjahr 2019 die Landesliste für die Landtagswahl im darauffolgenden Herbst aufstellen. Die Partei will auch in der dritten Legislaturperiode in Folge wieder mit grünem Ideenreichtum und innovativen Ideen auffallen. Aber nach zwei erfolgreichen Legislaturperioden im Parlament ist es wichtig, dass nicht nur altes Personal bedient wird. Helfen wir ihnen auf die Sprünge, schon vor der Wahl innovativ zu sein, neue Leute ins Parlament zu wählen und weiterhin grüne Konzepte zu verbreiten!

A2 Drahtesel Fläche und Futter geben!

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Brandenburg
Beschlussdatum: 26.02.2018
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

1 Als zweitstärkster Verursacher von CO₂-Emissionen ist der Verkehr eine
2 entscheidende Stellschraube im Kampf gegen die Klimakrise. Die Treibhausgase,
3 welche durch den Personentransport entstehen, lassen sich nur radikal
4 reduzieren, wenn emissionsfreie Verkehrsmittel wie das Fahrrad an Zulauf
5 gewinnen. Gute Radinfrastruktur ist somit eine zentrale Grundlage für die
6 Reduzierung der Verkehrsemissionen. Gleichzeitig ist Radinfrastruktur der
7 Schlüssel zu mehr Lebensqualität und Flexibilität für alle Menschen in
8 Brandenburg, denn die Fortbewegung mit dem Fahrrad ist vergleichsweise günstig,
9 gesundheitsfördernd, individuell und für alle Altersgruppen attraktiv.

10 Mit allen Forderungen zur Verbesserung der Radinfrastruktur arbeiten wir auf
11 einen grundlegenden Wandel der Radverkehrspolitik in Brandenburg hin,
12 konkretisiert durch die folgenden Zielstellungen:

- 13 • Das Fahrrad muss in Brandenburg endlich integraler Teil des
14 Gesamtverkehrskonzeptes werden, darf nicht länger ein Nischendasein
15 fristen und muss als gleichberechtigter Verkehrsteilnehmer wahrgenommen
16 und akzeptiert werden.
- 17 • Alle Orte in Brandenburg sollen bequem mit der Kombination Zug und Fahrrad
18 erreichbar sein. Es soll jederorts möglich sein, kein Auto zu besitzen -
19 ohne unverhältnismäßig längere Fahrtzeiten in Kauf nehmen zu müssen,
20 sodass die Lebensqualität darunter leidet.
- 21 • Den Anteil von ÖPNV, Fuß- und Radverkehr am Gesamtverkehr wollen wir bis
22 2030 auf zwei Drittel erhöhen. Zum Zeitpunkt der letzten Erhebung im Jahr
23 2008 lag dieser bei 47 %. Das erklärte Ziel der Landesregierung ist es,
24 bis 2030 die 50-Prozent-Marke zu überqueren. Wir werten dies als klares
25 Bekenntnis zur verkehrspolitischen Ambitionslosigkeit seitens Rot-Rot.
- 26 • Brandenburg soll seinen Status als eine der beliebtesten bundesdeutschen
27 Fahrradregionen, der maßgeblich zur touristischen Attraktivität beiträgt,
28 nicht verlieren.

29 Auf dem Weg, diese Ziele zu erreichen, ist ein breites Spektrum an Maßnahmen von
30 essentieller Bedeutung. Dies ist unser "Forderungspaket Radverkehr":

- 31 • Dass keines der 6 Referate der Verkehrsabteilung des Ministeriums für
32 Infrastruktur und Landesplanung primär zuständig für den Erhalt und Ausbau
33 des Radwegenetzes ist, sagt vieles über den derzeitigen Stellenwert des
34 Radverkehrs bei der Landesregierung aus. Radinfrastruktur darf nicht
35 länger als lästiges Anhängsel des Straßenverkehrswesens betrachtet werden.
36 Es soll daher ein Radverkehrsreferat im Infrastrukturministerium
37 geschaffen werden, das eine institutionelle Stärkung einer
38 fahrradfreundlichen Interessenvertretung innerhalb Brandenburgs
39 garantieren soll. Nur so können genügend Kapazitäten geschaffen werden, um
40 den Interessen der Radfahrer*innen mindestens genauso sehr nachgehen zu

41 können wie denen der Autofahrer*innen. Das Referat soll eine ambitionierte
42 fahrradpolitische Agenda des Landes koordinierend umsetzen und dabei mit
43 einem Monitoring-Programm begleiten. Im Zeichen einer zielgerichteten
44 Arbeit darf die Zuständigkeit für das Thema außerdem nicht weiter in drei
45 unterschiedlichen Ministerien liegen, deren interministerielle
46 Arbeitsgruppe bisher nicht zur Stärkung des Radverkehrs beigetragen hat.
47 Stattdessen muss es klare Verantwortliche geben, besonders in finanziellen
48 Angelegenheiten.

- 49 • Das Radverkehrsreferat des Infrastrukturministeriums soll sich eines
50 umfassenden Radmobilitäts-Monitoring-Programmes des Landes annehmen und
51 dieses perspektivisch zusammen mit dem Land Berlin koordinieren. Ein
52 solches Monitoring wäre zentrales Sicherungsinstrument für die
53 fahrradpolitische Agenda und könnte durch obligatorische Routine-
54 Bestandsaufnahmen der Verschleppung von Vorhaben und möglicher
55 Intransparenz vorbeugen. Außerdem könnte es wertvolles
56 Kommunikationsmittel sein um zum einen verkehrspolitische Zusammenhänge zu
57 abstrahieren, wie beispielsweise die Effekte auf die generelle Nutzung des
58 öffentlichen Personennahverkehr und zum anderen sektorenbezogene Erfolge
59 öffentlichkeitswirksamer transportieren zu können, als das bisher möglich
60 ist. Die Prozesse im Zeichen der Radverkehrswende sollen transparent und
61 die damit einhergehende unmittelbaren Veränderungen und Verbesserungen
62 greifbar werden. Indes ließe ein solches Monitoring natürlich auch
63 dynamische und zeitnahe Neu- und, falls notwendig, Nach-Justierungen durch
64 eine Evaluation seiner selbst und der Verkehrspolitik Brandenburgs im
65 Generellen zu.
- 66 • Die massive Investitionslücke im Radverkehrssektor muss unbedingt zeitnah
67 geschlossen werden! Der Investitionsbedarf für die Wiederinstandsetzung
68 und Sanierung von teilweise weit über 15 Jahre alten Radwege mit
69 Sturzgefahr und weiteren Problemen ist unverändert hoch. Trotz eines
70 klaren Attests des Landesrechnungshofes von 2012 drittelte Rot-Rot die
71 ohnehin knappen Mittel, sodass der Investitionsstau sich auf nunmehr über
72 35 Millionen Euro summiert hat, die es dringend braucht um die
73 existierende Infrastruktur zu retten. Wir können es uns neben der noch
74 ungenügenden Radinfrastruktur keinesfalls leisten auch noch alte, teils
75 sehr frequentierte, Strecken verfallen zu lassen und die Situation damit
76 noch zu verschärfen. Sinnvolle und fortschrittliche Investitionen bedeuten
77 in Brandenburg auch an die Radinfrastruktur zu denken!
- 78 • Bessere Kofinanzierung: Eine Mindestförderung aller Radverkehrsprojekte
79 könnte den Ausbau des Radwegenetzes erheblich beschleunigen. Wir fordern:
80 Landkreise, Städte und Gemeinden sollen die Kosten all ihrer Bauvorhaben
81 zur Verbesserung der Radinfrastruktur maximal zu 25 % selbst tragen.
82 Soweit dies nicht bereits durch Bundesmittel oder europäische Fonds
83 geschieht, sollen die übrigen 75 % aus Landesmitteln finanziert werden.
84 Hierfür benötigte Gelder können unter anderem durch eine Umschichtung aus
85 dem Straßenbau freigesetzt werden. Insgesamt soll eine durchschnittliche
86 Förderquote von 80 % für alle Radinfrastrukturmaßnahmen angestrebt werden,

87 denn im besonderen Maße notwendige Projekte sollen mit deutlich mehr als
88 der geforderten Mindestförderung bezuschusst werden.

- 89 • Radverkehr darf auf keinen Fall nur für kurze Wege in Betracht gezogen
90 werden. Gute Radinfrastruktur muss es ermöglichen, Strecken bis zu 10
91 Kilometer und darüber hinaus bequem mit dem Rad zurückzulegen – auch im
92 Alltag. Von besonderer Bedeutung sind überregionale Radwege, welche
93 naheliegende Dörfer und Städte verbinden und den Radfahrer*innen eine
94 schnelle und hindernisfreie Fahrt garantieren. Radschnellwege zwischen
95 allen benachbarten Städten sollten ein zentrales Anliegen des Landes
96 Brandenburg sein! Der Ausbau solcher Wege ist essenziell, um den
97 Radverkehr gegenüber dem Autoverkehr konkurrenzfähig zu machen und soll
98 schnellstmöglich im größtmöglichen Ausmaß erfolgen. Es soll eine Plattform
99 für verbesserten Dialog zwischen benachbarten Kommunen und Landkreisen
100 geschaffen werden, um die Planung solcher Wege zu erleichtern. Außerdem
101 soll das Landesinfrastrukturministerium gezielt auf Kommunen und
102 Landkreise zugehen, wenn entsprechende Potentiale bestehen. So sollen bis
103 2025 zwischen allen Städten mit mehr als 12.000 Einwohner*innen, die
104 (Luftlinie) weniger als 15 km voneinander entfernt liegen, breitspurige
105 Radschnellwege existieren. Des Weiteren soll jeder Ort mit mehr als 500
106 Einwohner*innen nicht nur durch eine Straße, sondern zusätzlich durch
107 einen baulich getrennten Radweg angebunden sein.
- 108 • Die vom Land Berlin geplanten Radschnellwege aus dem Berliner Stadtzentrum
109 bis zum Stadtrand sollen vom Land Brandenburg bis in das äußere Berliner
110 Umland verlängert werden. So kann das hohe Verkehrsaufkommen zwischen dem
111 Berliner Umland und der Stadt Berlin zum Teil auf Radwege verlagert
112 werden. Zudem würde die Anbindung zwischen den Orten des Vorortgürtels
113 verbessert. Hierfür ist es jedoch ebenso wichtig, zusätzlich zum radialen
114 Radwegenetz einen Radschnellweg zu schaffen, der als Außenring die
115 Berliner Vororte miteinander verbindet.
- 116 • Das Land Brandenburg soll auf Basis der Arbeit seines Radverkehrreferates
117 Leitlinien für sichere und moderne Radinfrastruktur festlegen, an denen
118 sich Gemeinden und Landkreise orientieren sollen. Das
119 Infrastrukturministerium soll anhand dieser Leitlinien weitere Prämien für

- 120 besonders fortschrittliche Stadtplanung vergeben und damit nachhaltige und
121 inklusive Konzepte würdigen. Zu den Leitlinien sollen gehören:
- 122 1. Klare bauliche Trennung von Radwegen und Straßen, statt aufgemalter
123 Seitenstreifen und Co
 - 124 2. Fahrradstraßen
 - 125 3. Priorität für Radwege: Ist der Platz neben einer Straße begrenzt, sollen
126 Radwege Vorrang vor Parkplätzen haben.
 - 127 4. Grüne Welle für Radfahrer*innen
 - 128 5. Sichere Kreuzungen nach dem Modell des Stadtplaners Nick Falbo mit
129 vorgelagerten Haltelinien und schützenden Verkehrsinseln vor allen Ecken
 - 130 6. Flächendeckende Luftpump-, Lade-, Leih- und Abstellinfrastruktur
 - 131 7. Sichere Lösungen für Kreisverkehre
 - 132 8. Asphaltierte Fahrradstreifen auf Kopfsteinpflasterstraßen
- 133 • Die Luftpump-, Lade-, Leih- und Abstellinfrastruktur in der Nähe von
134 Bahnhöfen, Schulen, Arbeitsplätzen und anderen oft von Fahrradfahrer*innen
135 angefahrenen Orten muss ausgebaut, sowie ein besserer Schutz vor Diebstahl
136 an solchen Orten gewährleistet und so niedrigeschwelligere Fahrradnutzung
137 ermöglicht werden. Eine Studie des BMVI von 2015 ergab, dass für 52% der
138 Befragten sichere Fahrradabstellplätze und für 23% weitergehende
139 Reparaturmöglichkeiten Anreize zum Fahrrad fahren wären. Es besteht also
140 Potenzial, das genutzt werden muss. Besonders an Schulen und Bahnhöfen
141 stehen Fahrräder unsicher und erfordern Investition für
142 Fahrradabstellanlagen, die schonender für das Fahrrad sind, mehr
143 Sicherheit vor Diebstahl gewährleisten und das Prüfsiegel „ADFC-empfohlene
144 Qualität“ besitzen. Sie sollen die simplen Vorderradhalter ersetzen. Zu
145 diesen besseren Alternativen gehören Anlehnbügel, Fahrradboxen,
146 Fahrradparkhäuser oder zweietagige Abstellsysteme wie am Bahnhof
147 Charlottenhof in Potsdam. Wichtige Stellschrauben für ein vermehrtes
148 Nutzen von Fahrradleihsystemen sind die Erhöhung der
149 Ausleihstationendichte, gerade an zentralen Umstiegsorten, hochwertige und
150 ansprechend gestaltete Leihräder, leicht verfügbar Informationen, einfache
151 Ausleihprozesse, ein gut erreichbarer Kundendienst, funktionelle
152 Smartphone-Applikationen, sowie kostenlose Nutzungsmöglichkeiten für
153 Studierende, Auszubildende, Schüler*innen und Sozialhilfeempfänger*innen,
154 wie sie durch Nextbike-Kooperationen mit (Fach)Hochschulen teils schon
155 existieren.
 - 156 • Touristisch gesehen ist Brandenburg schon lange ein Fahrradland - das ist
157 gut, aber muss auch so bleiben! So wird der Marktanteil des
158 Radtourismus in Brandenburg am gesamten Tourismus als hoch
159 eingeschätzt. Ca. 26% der Urlauber*innen hierzulande nutzen während ihres
160 Aufenthalts das Rad - oder sind sogar gleich gänzlich damit unterwegs.
161 Jedoch ist der Radtourismus als eigenständiger Themenkomplex anzusehen und
162 nicht in einen Topf zu werfen mit dem Fahrrad als alltägliches

- 163 Verkehrsmittel. Denn im Alltag geht es mehr um Schnelligkeit und
164 Praktikabilität, als um die Schönheit. Nichtsdestotrotz sehen wir
165 Bündnisgrüne es nicht nur als wirtschaftlich sinnvoll, sondern vor allem
166 auch als ökologisch notwendig an, dass Fahrradurlaub attraktiv bleibt -
167 und noch attraktiver wird! Als zwei der drängendsten Stellschrauben sehen
168 wir zum einen eine erneute Evaluation mit Handlungsempfehlungen zur
169 Weiterentwicklung des Radtourismus in Brandenburg, da die letzten dafür
170 relevanten statistischen Daten von 2008 stammen. Zum anderen braucht es
171 eine Offensive, um die schon existenten und die, durch die vorhergehenden
172 Forderungen entstehenden, Radwege gründlich auf touristische Tauglichkeit
173 zu prüfen und dadurch auch neue Tourismus-Routen zu erschließen. So kann
174 Alltag mit Urlaub verbunden werden - und die Radwege erreichen maximale
175 Effektivität und Nutzung.
- 176 • Die Fahrradmitnahme in allen öffentlichen Verkehrsmitteln, die dafür
177 ausgelegt sind, soll möglichst schnell entgeltfrei ermöglicht werden. Mit
178 sofortiger Wirkung sollen diejenigen davon profitieren, die bereits
179 Bezuschussungen für VBB-Gesamtnetz-Tickets beziehen, wie etwa Studierende
180 oder aber Menschen, die bereits Inhaber*innen einer VBB-Zeitkarte sind. Um
181 den Kontrolleur*innen und den Fahrgästen gleichermaßen nicht unnötig das
182 Leben zu erschweren, soll zudem schnell das Konzept einer
183 Fahrradmitnahmeberechtigungsübersicht für Universitäten und dergleichen
184 beim VBB wiederbelebt werden.
 - 185 • Gemeinsam mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) soll ein
186 Routenplaner entwickelt werden, der die besten Verbindungen für die
187 Kombination "Zug & Fahrrad" bzw. "ÖPNV & Fahrrad" findet. Möglich wäre es
188 beispielsweise, dies als zusätzliche Option im Routenplaner des VBB zu
189 integrieren.
 - 190 • Um alle Ziele zur Verbesserung der Radinfrastruktur verbindlich zu machen,
191 der Priorisierung von Radverkehr eine rechtliche Grundlage zu geben und
192 ein stabiles Fundament für das Radmobilitäts-Monitoring zu schaffen, soll
193 die nächste Landesregierung ein Gesetz zur Förderung des Radverkehrs in
194 Brandenburg auf den Weg bringen, in welchem nach dem Vorbild des Berliner
195 Radgesetzes Maßnahmen verpflichtend festgeschrieben werden. Unter anderem
196 sollen feste Werte für zusätzlich benötigte Abstellmöglichkeiten sowie
197 Radschnellwegkilometer mit zeitlicher Begrenzung für die Umsetzung
198 enthalten sein. Auch die innerhalb eines Zeitraums auf die Tauglichkeit
199 als Fahrradstraße zu prüfende Anzahl an Straßen soll gesetzlich verankert
200 werden. Das Gesetz soll alle regionalen Unterschiede berücksichtigen.
 - 201 • Um in Brandenburg und bundesweit sichere Fortbewegung mit dem Fahrrad
202 gewährleisten zu können, soll die Brandenburgische Landesregierung die vom
203 Berliner Senat geplante Bundesratsinitiative unterstützen, welche die
204 bundespolitischen Rahmenbedingung für Verkehrssicherheit auf den neuesten
205 Stand bringen soll. Moderne Abbiegeassistenten in allen LKWs und
206 angemessene Strafen für Raser*innen sind essenzieller Bestandteil unserer
207 verkehrspolitischen Ziele. Außerdem soll sich die Landesregierung im
208 Bundesrat zukünftig gezielt für weitere bundesweite fahrradpolitische
209 Initiativen einsetzen und werben.

Begründung

Die ambitionslose Verkehrspolitik der rot-roten Landesregierung, welche dem Fahrrad als nachhaltigstes aller Verkehrsmittel keinerlei Bedeutung verleiht, ist weder umwelt- noch menschenfreundlich. Mit unseren 13 Forderungen arbeiten wir auf einen flotten Wandel der Radverkehrspolitik in Brandenburg hin, u.a. um noch vor 2030 den Anteil des Umweltverbunds (Fuß, Rad, ÖPNV) am Gesamtverkehr auf zwei Drittel zu erhöhen!

A3 Jetzt aber richtig! Ehrenamtliches Engagement in der Jugendverbandsarbeit fördern

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Brandenburg
Beschlussdatum: 02.03.2018
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

- 1 Die GRÜNE JUGEND Brandenburg begrüßt junges, ehrenamtliches Engagement – ob
2 politisch oder zivilgesellschaftlich, ob bei der BUND-Jugend oder der
3 Sportjugend, ob bei den jungen Philatelist*innen oder im Kreisjugendring, und
4 will genau diese unterstützen. Als selbst aus ehrenamtlich aktiven jungen
5 Menschen bestehender Verband und aus dem Dialog mit dem Landesjugendring, der
6 die Interessen der freien Jugendverbände vertritt, sowie aus dem mit anderen
7 ehrenamtlich Aktiven, wissen wir, welche Schwierigkeiten sich gerade für junge
8 Menschen, insbesondere für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende auftun
9 können und wie man diese beheben kann. Daher fordert die GRÜNE JUGEND
10 Brandenburg:
- 11 - Eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Maßnahmen der Jugendverbandsarbeit!
12 Wir wollen 1,8 Millionen Euro mehr von der Landesregierung im Landesjugendplan.
13 Das sichert vor allem die weitere Handlungsfähigkeit der Brandenburger
14 Jugendverbände und würde es den landesweit tätigen Verbänden erlauben ihre
15 Arbeit mit einer angestellten Person besser zu organisieren und die Aktiven
16 damit zu entlasten.
 - 17 - Die Schaffung verbindlicher Freistellungsregelungen für ehrenamtliches
18 Engagement in Schule und Hochschule durch Ergänzung des AG KJHG – weil es nicht
19 von der einzelnen Lehrperson abhängen soll, ob ehrenamtliches Engagement auch
20 durch solche Ausnahmen stattfinden kann.
 - 21 - Eine 35-Stunden-Woche für Schüler*innen, in der alle schulischen Anforderungen
22 wie Hausaufgaben schon inklusive sein sollen, als Maximum – um ehrenamtliches
23 Engagement neben der Schule überhaupt ausüben zu können.
 - 24 - Die Schaffung eines „Schulferienschutzes“ für Studierende, der vorsieht, dass
25 während dieser in Hochschulen keine verpflichtenden Leistungsnachweise oder
26 Anwesenheiten bei Lehrveranstaltungen erbracht werden müssen – um ihnen
27 ehrenamtliches Engagement, gerade auch z.B. als Jugendbetreuer*in bei
28 Ferien camps zu ermöglichen.
 - 29 - Anrechnungsmöglichkeiten für ehrenamtliches Engagement an Hochschulen, sowohl
30 als Praktika, in Form von Leistungspunkten und als Wartesemester. Außerdem soll
31 die Verlängerung der Regelstudienzeit um bis zu zwei Semestern möglich sein,
32 wenn für die entsprechende Dauer ein ehrenamtliches Wahlamt in einem
33 Jugendverband ausgeübt worden ist.
 - 34 - Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit von Jugendlichen durch Vergünstigungen.
35 Dauerkarten für den ÖPNV sollen ermäßigt werden, der Eintritt, etwa für
36 öffentliche Schwimmbäder oder Museen frei, wenn bspw. durch eine Juleica- oder
37 Ehrenamts-Karte ein Nachweis erbracht werden kann.

Begründung

Als Mitglied des Rings Politischer Jugend (RPJ) sind wir zwar selbst nicht Teil des parteiunabhängigen Landesjugendrings (LJR), teilen wohl aber viele Erfahrungen in unserer Arbeit als Verband und wissen daher aus erster Hand selbst, dass die Verbandsarbeit zeit- und belastungsintensiv sein kann. Wo die Bereitschaft für jugendliches Engagement vorhanden ist, darf es auf keinen Fall an Möglichkeiten mangeln sich mit Spaß an der Sache, seiner Zeit und seinem Herzblut einzubringen. Genau deshalb bedarf es einer massiven Aufwertung der Förderung solchen Engagements, das Jugendliche auch für Politik und Demokratie begeistern kann. Als Parteijugendorganisation sind wir mitunter noch in einer besseren Situation, als die Mitglieder des LJR, die oft weder auf ein gesichertes Budget, noch ein gewisses Unterstützer*innennetzwerk zurückgreifen können. Als Teil unseres Selbstverständnisses wollen wir natürlich, dass allen Jugendlichen, die sich auf eine solche Weise einbringen möglichst nicht noch erschwert wird, zu tun, worauf sie Lust haben.

*AG KJHG = Erstes Gesetz zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe

A4 Menschen mit Blutspenden helfen, statt diskriminieren!

Antragsteller*in: Danilo Zoschnik

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

1 Die GRÜNE JUGEND Brandenburg fordert alle Blutspendedienste im Land Brandenburg,
2 unabhängig ihrer Träger*innenschaft, auf, mit sofortiger Wirkung die
3 Implementierung der Novelle der Blutspendekriterien durch die Bundesärztekammer
4 vom 07.08.2017 vorzunehmen und sich dieser und weiteren sachlich begründeten
5 Lockerungen und Maßnahmen gegen die Diskriminierung sogenannter „Risikogruppen“,
6 zu denen bspw. Männer, die mit Männern Sex haben oder Drogennutzer*innen
7 gehören, nicht länger zu verschließen.

8 Wir solidarisieren uns mit LSVD, Aidshilfe und allen anderen, die rechtliche
9 Schritte gegen diese illegale Praxis unternehmen oder sich auch privat nicht die
10 eigene Mündigkeit hinsichtlich der Beurteilung ihres sexuellen oder sonstigen
11 Risikoverhaltens entziehen lassen wollen und Widerstand dagegen leisten!

12 Es reicht aber keinesfalls, zuvor lebenslänglich von der Blutspende
13 Ausgeschlossenen, abzunötigen sich ein Jahr lang in Enthaltbarkeit zu üben, bis
14 sie von Blutspendediensten akzeptiert werden. Deshalb fordern wir darüber hinaus
15 selbstverständlich die schnellstmögliche völlige Aufhebung jedes pauschalen
16 Spendenausschlusses von Homosexuellen, Trans*-Personen, Bisexuellen,
17 Sexarbeiter*innen und allen anderen Gruppen, denen, auch mit den neuen
18 Richtlinien, diskriminierenderweise (sexuelles) Risikoverhalten unterstellt
19 wird. Dies entbehrte zwar schon damals, heute mit moderneren Prüf-Methoden für
20 HIV- und Hepatitis-Infektionen aber vollends, jeder Grundlage und stellt einen
21 nicht hinnehmbaren Eingriff in die Selbstbestimmung vieler Menschen dar. Die
22 Kriminalisierung von Sexualität und bestimmten Formen der Lebensführung ist
23 einer aufgeklärten Demokratie unwürdig und ein Schlag ins Gesicht der
24 Empfänger*innen, die auf eine deutliche Steigerung der Spender*innenzahlen
25 angewiesen sind.

Begründung

Als Verband, der mit größter Vehemenz gegen jedwede Diskriminierung streitet, ist eine solch unwissenschaftliche und pauschalisierende Praxis wie die Blutspende in Deutschland absolut untragbar. In sechs Ländern in der EU ist das absurde Konzept des „Risikoverhaltens“ bereits Geschichte, in weiteren sind die Spendebeschränkungen, etwa durch kürzere Wartezeiten, ebenfalls progressiver als hierzulande. Mit Methoden wie PCR gibt es heute nicht einmal für Skeptiker*innen noch stichhaltige Argumente, die Spendebeschränkungen rechtfertigen könnten, zumal es grenzüberschreitender nicht sein könnte bspw. Bisexuellen pauschal zu unterstellen, dass sie ein risikoreicheres Sexualverhalten an den Tag legen als andere.

A5 Labels mit Angaben zu Haltungsbedingungen auf alle Tierprodukte!

Antragsteller*in: Robert Funke, Vanessa Jordan-Heinrich

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

1 In einem Lebensmittelgeschäft vor dem Regal stehend ist es bisher nicht ohne
2 Weiteres möglich, Tierprodukte auf Basis aussagekräftiger Kriterien der
3 Haltungs- und Produktionsbedingungen miteinander zu vergleichen. Dabei sollten
4 Verbraucher*innen auf einfachem Wege erfahren können, unter welchen Bedingungen
5 Lebensmittel, die ihnen zum Kauf angeboten werden, entstanden sind. Besonders
6 bei Tierprodukten sind die Produktionsbedingungen jedoch häufig nur schwer
7 einzusehen, obwohl Interesse nach der Nachhaltigkeit und der Umsetzung
8 artgerechter Haltung besteht. Konsument*innen, denen ein bewusstes Kaufverhalten
9 wichtig ist, sollen die Chance bekommen, ihre Kaufentscheidungen auf der Basis
10 vergleichbarer und von unabhängiger Stelle geprüfter Kriterien zu fällen.

11 Die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG fordert eine Verbraucher*innenpolitik der
12 intensiven Aufklärung. Jede Verpackung eines Tierproduktes oder eines Produktes,
13 in dem ein oder mehrere Tierprodukte enthalten sind, soll auf der Vorderseite
14 mit drei Symbolen versehen werden, von denen das erste über die Stallfläche pro
15 Tier, das zweite über die durchschnittliche Anzahl an Stunden täglichen
16 Weidegangs bzw. Auslaufs mit natürlichem Boden, und das dritte über den Anteil
17 des ökologischen Futters und den Anteil des eigens am Hof produzierten Futters
18 informiert. Die Angaben dürfen überschritten, jedoch keinesfalls unterschritten
19 werden. Die Symbole sollen gut leserlich und leicht verständlich sein, sich vom
20 Rest der Verpackung optisch deutlich abheben, bei allen Produkten in gleicher
21 Größe und an ähnlicher Stelle vorhanden sein. Diese Regelung soll es
22 Konsument*innen auch ohne Hintergrundwissen ermöglichen, die Unterschiede der
23 verschiedenen ökologischen Anbauverbände oder zwischen ökologischer und
24 konventioneller Produktion einzuordnen, sowie die Vorteile jener Tierhaltung,
25 dessen Haltungsbedingungen nicht den ökologischen Standards entsprechen, aber
26 dennoch über den gesetzlichen Mindestanforderungen liegen, zu erkennen.

27 Um regelmäßige und unangekündigte Kontrollen der Einhaltung der Angaben zu
28 gewährleisten, soll das Personal des Veterinärämtes massiv um neue
29 Tierärzt*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen aufgestockt werden. Kontrollen
30 sollen unter keinen Umständen zuvor angekündigt werden.

Begründung

So könnten die Symbole z.B. aussehen: <http://www.gj-bb.de/wp-content/uploads/2018/03/InfosMilchpackung.jpg>

A6 Kinder erziehen ist uns nicht weniger als das Mindeste wert - Mindestsatz für Tageseltern jetzt!

Antragsteller*in: Ricarda Budke

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

1 Kindertagespflegepersonen (eher bekannt unter den Begriffen „Tagesmutter“ oder
2 „Tagesvater“) nehmen in unserer Gesellschaft eine enorm wichtige Rolle ein. Sie
3 sind eine Anlaufstelle für Eltern, denen es in Brandenburger Kitas an Qualität
4 mangelt, die flexiblere Betreuungszeiten benötigen, als es die Kitas in der
5 Umgebung zu bieten haben, die sich ein familiäreres Umfeld für ihr Kind wünschen
6 oder schlichtweg keinen Kitaplatz in der Nähe finden. Aber ausgerechnet sie
7 erhalten für ihre Arbeit teils nicht mal mehr den eigentlich gesetzlich
8 vorgeschriebenen Mindestlohn. Denn die Vergütung erfolgt pro Kind und Stunde von
9 der Kommune, und das fällt je nach Region sehr unterschiedlich aus.

10 Um diesem Problem entgegenzuwirken fordert die GRÜNE JUGEND Brandenburg einen
11 Mindestsatz für die Vergütung von Kindertagespflegepersonen im Land Brandenburg
12 in Höhe von mindestens 2,70€. Die exakte Höhe des Mindestsatzes muss regelmäßig
13 geprüft werden und je nach Reallohniveauveränderung angepasst werden.

14 Vor allem aber muss die rot-rote Landesregierung Kindertagespflege bei jeglicher
15 Kitagesetzreform immer als neben Kitas angestrebte Bildungsform mitdenken. Denn
16 Kindertagespflege bietet nicht nur eine andere Möglichkeit guter frühkindlicher
17 Bildung in kleinerem Umfeld, sie bietet auch flexiblere Betreuungszeiten und
18 Chancen für wohnortnahe Betreuung, gerade in den ländlichen Räumen. Daher
19 erkennt die GRÜNE JUGEND Brandenburg ihren wichtigen Beitrag zur
20 Bildungsgerechtigkeit und zu einem modernen und flexiblen Familienleben überall
21 in Brandenburg an.

Begründung

Bei der Diskussion um die Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung, wird die Situation der Tagespflege in Brandenburg bisher außer Acht gelassen. Aber um der immer schwieriger werdenden Kitaplatzsuche zu entkommen und das Kind im familiären Umfeld behütet zu wissen, schauen sich immer mehr Eltern nach Alternativen zur Kita um. Dabei kann die Betreuung von wenigen Kindern zu Hause gerade in einem Flächenland eine wichtige Aufgabe erfüllen. Wenn die nächste Kita weit weg ist, verkürzt es den morgendlichen Weg der Kinder – und den Stress der Eltern – enorm, wenn es im Nachbardorf eine Tagespflegeperson gibt. Aber diese werfen nach und nach das Handtuch. In den letzten sieben Jahren hat sich die Zahl in Brandenburg von 1000 auf 800 verringert. Das liegt auch an der schlechten Bezahlung der Kommunen. Sie schwankt regional sehr, so verdient ein Tagesvater in Cottbus nur 0,61 € pro Kind und Stunde während eine Tagesmutter in Potsdam-Mittelmark immerhin 1,96€ erhält. Bei einem empfohlenen Betreuungsschlüssel von 1 zu 3 bei unter Dreijährigen kann das dann mit der Bezahlung ganz schön eng werden, auch wenn es noch weitere Leistungen gibt, beispielsweise für die Verpflegung der Kinder. Die Forderung nach 2,70€ stammt von einer Kindertagespflegeperson, die in Wuppertal für einen Mindestsatz in dieser Höhe klagte. Thüringen führte nun schon einen Satz von 2,53€ ein, und gilt damit bundesweit als Vorreiter*in. Mit einem Mindestsatz kann man eine existenzsichernde Bezahlung von Tagespflegepersonen schaffen und gleichzeitig eine alternative Form der frühkindlichen Bildung stärken, die Chancen für alle Regionen Brandenburgs bietet.

A7 Kohlefahrplan für den Bundeskongress

Gremium: Grüne Jugend Potsdam
Beschlussdatum: 14.03.2018
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

1 Der Landesvorstand wird beauftragt, den folgenden Antrag unter dem neuen Namen
2 "Klimaziel 2020 und 1,5 Grad Ziel einhalten, Ausstieg aus der Kohleverstromung
3 bis 2025" zu überarbeiten, weiterzuentwickeln und auf dem Bundeskongress
4 einzubringen:

5 <http://www.gj-bb.de/wp-content/uploads/2018/03/Kohleausstieg-1.pdf>

Begründung

Es handelt sich um einen bundespolitischen Antragsvorschlag des Informatikers und GJ-Sympathisanten Simon Dietz.

<http://www.gj-bb.de/wp-content/uploads/2018/03/Kohleausstieg-1.pdf>

A8 Beutelsbacher Dissens? Unabhängige Politische Bildung jetzt!

Antragsteller*in: Danilo Zoschnik

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

1 Dieser Antrag soll auf Basis der Beschlusslage „Politische Bildung als
2 Kernelement demokratischer Kultur stärken“, das Verständnis der GRÜNEN JUGEND
3 Brandenburg von Politischer Bildung aus normativer Perspektive
4 ausdifferenzieren.

5 Die GRÜNE JUGEND Brandenburg fordert die öffentlichen Bildungsträger*innen
6 Brandenburgs auf, in Kooperation mit dem Landesministerium für Bildung, Jugend
7 und Sport eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, um den Beutelsbacher Konsens,
8 der in Deutschland die Leitlinien politischer Bildung vorgibt, unter Beteiligung
9 aller dafür relevanten Akteur*innen vollumfänglich umzusetzen.

10 Zu diesem Zweck muss insbesondere die Landeszentrale für Politische Bildung
11 Brandenburg (lpb) gestärkt werden, die mit nur zehn Mitarbeiterinnen* zwar einen
12 guten Job macht, allerdings mehr Personal und eine bessere Finanzierung
13 benötigt, um der Mammutaufgabe einer hochdifferenzierten und breit verfügbaren
14 politischen Bildungsarbeit für fast zweieinhalb Millionen Menschen gerecht zu
15 werden. Als zentrales Organ, das für gute Politische Bildung lobbyiert, muss
16 allerdings auch sie sich in selbstkritischer Art von alten Dogmen und einem
17 politischen Mainstream emanzipieren, die der eigenen Zielstellung zuwiderlaufen.
18 Darüber hinaus soll sie bei ihrer inhaltlichen Arbeit, nach Beispiel der Vorstöße
19 der Bundeszentrale, ihre eigene Einbeziehung externer Akteur*innen, wie etwa
20 aktuell feministischer Kirchenvertreterinnen* oder kritischer
21 Extremismusforscher, beibehalten und weiter ausbauen. Begrüßenswert sind für uns
22 in jedem Fall auch Initiativen wie das Alternativ-Unterrichtsmaterial für
23 Lehrkräfte, das attac anbietet um etwa kapitalismuskritischere Akzente bei der
24 Behandlung von Wirtschaftsthemen zu setzen. Selbiges gilt für die Partizipation
25 durch junge Menschen, wie sie im Vorjahr modellhaft für einen Bundestagswahl-
26 Blog ermöglicht worden ist. Es braucht diese modern-offene Material- und
27 Referenzkultur, die natürlich auch mit der Bandbreite von Medien unserer Zeit
28 verbunden sein muss, um einer neuen ambivalenten Sicht und Verdrossenheit
29 gegenüber Politik zu begegnen, die anders als früher auch von den politischen
30 Kräften selbst geschürt wird.

31 Nie zuvor waren die Anforderungen an demokratische Politische Bildung höher.
32 Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, dass sie auch in Brandenburg nicht nur
33 vermeintliche Fakten vermittelt, sondern integrativer, diverser und
34 konstruktiver wird. Sie muss sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen
35 orientieren und damit einhergehend ebenfalls mit alten Selbstverständlichkeiten
36 brechen, die Systemfrage, also jene nach der politischen, wirtschaftlichen,
37 globalen und digitalen Ordnung, stellen. Und das muss sich wiederfinden: in den
38 Vorträgen der lpb, den Schulbüchern der Gesamtschulen, den Studiengängen
39 angehender Lehrkräfte, den Podien wissenschaftlicher Institute – überall wo
40 Menschen jeden Alters sich politisch interessieren oder einbringen.

41 Zur Realisation dieses Anspruches fordert die GRÜNE JUGEND Brandenburg:

- 42 • Die nächste Landesregierung soll einen unabhängigen Politischen
43 Bildungsbeirat einberufen, der transparent und unter Einbeziehung aller
44 öffentlichen Bildungsträger*innen, sowie verschiedener

- 45 zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und Verbandsvertreter*innen in
46 beratender Funktion die Politische Bildungsarbeit des Landes Brandenburg
47 mitkoordiniert
- 48 • Das Curriculum für alle Schulformen muss in Brandenburg nach den
49 Ansprüchen einer neuen aktivierenden und differenzierten Politischen
50 Bildung, wie sie im letztjährigen Antrag beschrieben wird, überholt
51 werden.
 - 52 • Auch wenn im schulischen Kontext selbstverständlich primär das Fach der
53 Politischen Bildung am Beutelsbacher Konsens ausgerichtet sein muss, ist
54 es unbedingt notwendig bei der Unterrichtsrealität von
55 Interdisziplinarität und fächerübergreifenden Inhalten, auch beispielsweise
56 für Geschichte und Geographie die selben Standards zur Verhinderung von
57 Indoktrination anzulegen.
 - 58 • Im Studium für die Politische Bildung auf Lehramt an der Universität
59 Potsdam, soll es künftig ein vom Ministerium gefördertes obligatorisches
60 Seminar, innerhalb der ersten beiden Fachsemester, geben, dass sich ganz
61 dezidiert und mit den im Antrag vermittelten Ansprüchen, mit dem
62 Beutelsbacher Konsens beschäftigt und die Studierenden für ihre
63 verantwortungsvolle Aufgabe im späteren Beruf sensibilisiert.
 - 64 • Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport soll Schulungsangebote für
65 Lehrkräfte, Aktive in Verbänden und Vereinen, interessierte Eltern etc.
66 schaffen, mit denen die aktuell notwendigen Kompetenzen für die
67 Vermittlung Politischer Bildung ausgebaut und aufgefrischt werden können.

Begründung

Als pluralistischer Verband mit konstruktiver Debattenkultur unterstützen wir ausdrücklich die formulierten Inhalte des sogenannten „Beutelsbacher Konsens“, der die Ausgestaltung einer politischen Bildung vorsieht, die es leisten soll jede*n zu unabhängiger, reflektierter Meinungsbildung und Argumentation zu befähigen. Bei einem so polarisierenden und politisierten Zeitgeschehen sind diese urdemokratischen Kernkompetenzen unverzichtbar und wichtiger denn je. Diesem selbstaufgelegten Anspruch allerdings wird politische Bildung in Brandenburg aber leider bei weitem nicht gerecht! Und er kann auch nicht allein auf die Lehrkräfte für Politische Bildung und einige weniger gut sichtbare Angebote der Lpb abgewälzt werden, weil es sich um eine gesamtgesellschaftliche Kernaufgabe handelt, die existenziell unsere demokratische Lebensweise sichert und schützt. In Zukunft muss es wieder möglich sein den Kapitalismus, das Konzept des Nationalstaates oder jahrhundertlang propagierte aber unwissenschaftliche Vorstellungen von Geschlecht zu hinterfragen, zu diskutieren und die Kontroversität bei Themen wie diesen nicht zu relativieren, denn so können wir der neurechten Bewegung, den Verschwörungstheoretiker*innen, den Feind*innen freier Gesellschaften viel eher den Boden unter den Füßen wegziehen, auch wenn es eine Kraftanstrengung ist. Der Fortbestand progressiver Gesellschaftsideale, Rechtsstaatlichkeit und Einmischungsmöglichkeiten müssen uns all das aber wert sein!

A9 Recht auf Bildung bedingt Recht auf psychische Gesundheit!

Antragsteller*in: Vanessa Jordan-Heinrich, Danilo Zoschnik, Pernilla Bandick

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

- 1 "Schule ist scheiße!" denken sich viele Schüler*innen und meinen dabei nicht
2 Bildung ,denn eigentlich sind wir für diese dankbar, sondern den Leistungsdruck
3 und ein unfreundliches Schulklima, welches den Schulalltag zusätzlich erschwert.
4 Und es ist wahr! Danach wird es an der Universität, Fachhochschule oder in der
5 Ausbildung auch nicht besser.
6 Die Ursachen sind oft tief in den gesellschaftlichen Verhältnissen verwurzelt,
7 daher zweifelsohne schwierig anzugehen. Es muss aber unbedingter Anspruch sein
8 auch grundsätzlich eine andere Mentalität des Lernens und des Zusammens zu
9 vermitteln und im Rahmen des Möglichen eine spürbare Verbesserung der
10 Rahmenbedingungen an Schulen, Fachhochschulen und Universitäten zu erreichen.
11 Besonders wichtig ist es dabei jungen Menschen mit psychischen Erkrankungen und
12 Belastungen Hilfe anzubieten und sie zu unterstützen. Auslöser wie Stress sind
13 dabei zu minimieren, sodass sie das Lernen möglichst nicht erschweren. Die
14 praktikablen Instrumente dazu sind vielfältig und liegen auf unterschiedlichen
15 Ebenen verteilt. Wir sehen folgende Forderungen als besonders wichtige
16 Stellschrauben:
- 17 -Institutionelle Stärkung im Brandenburger Ministerium für Arbeit, Soziales,
18 Gesundheit, Frauen und Familie und der Interessenvertretung derjenigen, die mit
19 Themenbereichen der psychischen Gesundheit zu tun haben, vor allem auch um die
20 folgenden Vorschläge besser koordinieren und implementieren zu können.
- 21 -Druck auf die Bundesregierung verstärken die Zwei-Klassen-Medizien abzubauen
22 und perspektivisch aufzuheben und durch eine Bürger*innenversicherung und
23 Bürger*innen-Pflegeversicherung zu ersetzen. Bis dies umgesetzt ist, muss auf
24 Landesebene wenigstens die Bevorteilung von Privatpatient*innen konsequent
25 angegangen werden.
- 26
- 27 -Verkürzung der Wartezeiten für therapeutische Behandlungen durch drastische
28 Erhöhung der Ausbildungskapazitäten von Fachkräften bei anhaltender Qualität der
29 Lehre und einer Initiative für mehr sogenannte Kassensitze. Keine*r sollte über
30 2 Monate auf einen Therapietermin warten müssen.
- 31 -Ein freier, breiter und niedrigschwelliger Zugang zu Informationen in
32 unterschiedlichen Lebensbereichen, die je nach Alter von Bedeutung sind. Solche
33 Lebensbereiche können unter anderem Lernmethoden, Sexualität, Süchte und nicht
34 zuletzt psychischen Erkrankungen betreffen. Das Ziel ist eine Sensibilisierung
35 und die Schaffung eines akzeptierenden Problembewusstseins, sodass die Person
36 selbst oder Personen in ihrem Umfeld frühzeitig erkennen, ob Hilfestellungen
37 benötigt werden und dann adäquat und umgehend handeln können. Das kann etwa
38 durch Berücksichtigung der genannten Themen im Schulunterricht und
39 Unterrichtsmaterialien, bei außer- und innerschulische Veranstaltungen erfolgen.
40 Außerdem sollen auch Ehrziehungsberechtigte von Schüler*innen dazu verpflichtet
41 werden, Informationsveranstaltungen zu besuchen. Auch an den Unis und
42 Fachhochschulen sollten Informationsveranstaltungen angeboten werden.
- 43 - die Forderung der Kultusministerkonferenz „Beratung in Schule und Hochschule“
44 von 1973 endlich umsetzen und die Anzahl der Schüler*innen pro
45 Schulpsycholog*in - von in Brandenburg aktuell 7489 - auf maximal 5000

46 reduzieren. Mit Blick in eine Zukunft mit bedürfnisgerechter Versorgung wollen
47 wir uns an Dänemark orientieren, wo ein*e Schulpsycholog*in für 10 mal weniger
48 Schüler*innen verantwortlich ist. Auch an Universitäten und Fachhochschulen
49 bedarf es mehr psychologisches Personal und an jeder akademischen
50 Bildungseinrichtung, wo die Lernenden unter besonderem Druck stehen, einem
51 psychologischen Dienst, der Erstberatungen anbietet und eine vermittelnde Rolle
52 einnehmen kann! Zusätzlich soll es mindestens 2, mit steigender Anzahl der
53 Schüler*innen und Studenten auch mehr, Vertrauenslehrer*innen und -dozent*innen,
54 wovon mindestens 50% FIT* Personen sein sollten.

55 - die oben genannten und weitere relevante Akteur*innen wie Lehrkräfte,
56 Teamer*innen und Trainer*innen, welche auch im Freizeitlichen Kontext mit
57 Schüler*innen und Studierende in Kontakt kommen, sollen einfachere
58 Fortbildungsmöglichkeiten zum Umgang mit psychisch Erkrankten bekommen. Wenn
59 mögliche, sollte dies schon stärker während des Studiums oder der Ausbildung
60 stattfinden.

61 - besonders in ländlichen Regionen müssen mehr ambulante und stationäre
62 Behandlungsmöglichkeiten geschaffen werden, sodass psychisch erkrankte Kinder in
63 der Nähe ihrer Erziehungsberechtigten therapiert werden können und auch eine
64 Kooperation mit der dortigen Schule oder Jugendhilfe stattfinden kann.

65 - Langfristig sollte ein Konzept des Lernens und Lebens entwickelt werden, das
66 auf der Individualität aller Lernenden und ihren Interessen gründet und Raum für
67 Entdecken, Entwickeln, Neugier lässt. Dazu gehören idealerweise auch
68 demokratischere Schulstrukturen sowie Raum für Regenerierung. Dieses Konzept
69 soll durch das Zusammenwirken von Pädagogik und Medizin sowie Projekte an
70 Schulen fundiert werden.

Begründung

Jede*r von uns kennt eine psychisch erkrankte Person, ist oder war selbst davon betroffen. Das lässt sich auch in Zahlen ausdrücken: 10–20 % aller Kinder und Jugendlichen weisen psychische Krankheitsbilder auf. Trotzdem werden psychische Erkrankungen in unserer Gesellschaft nicht ausreichend wahrgenommen und weniger ernst genommen als physische Erkrankungen oder Verletzungen.

Damit geht die Angst einher, stigmatisiert zu werden oder sich eine psychische Erkrankung einzugestehen.

Es wird zu viel geschwiegen und Informationen zu Versorgungsangeboten sind im zu geringen Maße vorhanden. Erziehungsberechtigte und Pädagog*innen, die psychische Erkrankungen frühzeitig erkennen könnten und entsprechend handeln, sind oft nicht sensibilisiert oder überfordert.

Nicht zu Letzt gibt es einen großen Mangel an Kassentherapeut*innen und generell Therapeut*innen in Deutschland, was sich mit einem vor Jahren beschlossenen Regelung zur Zulassungsbeschränkung begründen lässt. Deswegen müssen viele junge Menschen, vor allem Kassenpatient*innen, ein Jahr lang auf einen Termin warten, wobei selbst ein Monat auf einer Warteliste zu stehen, schon in manchen Fällen zu lang sein kann.

Die angeführten und weitere Gründe führen dazu, dass nur circa ein Drittel der akut sowie chronisch psychisch erkrankten Kinder und Jugendliche in ärztlicher Behandlung sind.

Aufmerksamkeits-, Denk- und Antriebstörungen sowie negative Stimmung beeinflussen die schulische Entwicklung. So kann es zu bis zum Schulabbrüchen kommen. Das Schulklima hat dabei eine

beträchtliche Bedeutung und muss so verändert werden, dass Leistungsdruck oder schlechte Verhältnisse zwischen SuS oder LuS psychische Erkrankungen nicht begünstigen, sondern dass sich psychisch Erkrankte so wohl und unterstützt fühlen, dass sie trotz psychischer Erkrankung ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können.

Schulen und Unis, FHs sollten sich für das Wohlergehen ihrer Schüler*innen und Studierender verantwortlich fühlen, denn dies ist der Ort, an dem sie viel Zeit verbringen und mit sozialen Herausforderungen, Leistungsdruck, Lernüberforderung und psychischer Belastung konfrontiert werden.

Seit 1948 findet sich in der Erklärung der Menschenrechte das Recht auf Wohlfahrt, welches festlegt, dass jede*r ein Recht „auf einen Lebensstandard hat, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet“. Doch das wird im Hinblick auf die psychische Gesundheit noch nicht gewährleistet. Unsere Forderungen an die Brandenburger Gesundheitspolitik sollen diesem Recht einen Schritt näher kommen.